

**Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 13.12. 2018**

**Antrag
der Fraktion DIE LINKE**

**Erarbeitung einer Satzung über die Unterrichtung und Beteiligung der Einwohner
der Stadt Werder(Havel)**

Beschlussvorschlag:

1. Der Erarbeitung einer Satzung über die Unterrichtung und Beteiligung der Einwohner der Stadt Werder(Havel) wird zugestimmt.
2. In der Hauptsatzung ist im **§3 Absatz (1)** folgende Ergänzung aufzunehmen:

.... „Näheres regelt die Satzung über die Unterrichtung und Beteiligung der Einwohner der Stadt Werder(Havel).“

Begründung:

Auf der Grundlage des § 13 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg können Formen und Einzelheiten der Einwohnerbeteiligung in einer gesonderten Satzung geregelt werden.

Es geht um Standards und verbindliche Festlegungen zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde. Sie stellen eine Selbstverpflichtung für die Kommune dar. Eine Beteiligungssatzung gibt eine klare Handlungsanweisung. Hier werden Richtlinien der Zusammenarbeit von Verwaltung, Politik und Bürgern festgeschrieben und definiert. Eine Beteiligungssatzung stärkt demokratische Mitbestimmung und bietet Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich außerhalb von Kommunalverfassung und Hauptsatzung der Kommune verstärkt in die gemeindlichen Angelegenheiten einzubringen.

Hinweis: Einzelne im Textvorschlag enthaltene Paragraphen entfallen, wenn diese statt in der Beteiligungssatzung bereits in die Hauptsatzung aufgenommen werden. Falls alle Vorschläge/alle §§ dieses Antrages bereits im von der Verwaltung vorgelegten Entwurf der neuen Hauptsatzung enthalten sind, ist der gesamte Satzungsentwurf hinfällig.

Peter Hinze
Fraktionsvorsitzender
01.11.2018